Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wir befinden uns einer schwierigen Situation. Seit nun 2 Jahren herrscht in Europa Krieg. Als einziges Industrieland befinden wir uns in einer Rezession. In Nordrhein-Westfalen spüren wir diese Belastungen besonders stark, insbesondere aufgrund der hohen Energiepreise, die unsere Region hart treffen. All das wirkt sich erheblich auf die kommunalen Finanzen aus.

II. Schwierige Haushaltslage in den Kommunen

In den Kommunen sind die gestiegenen Kosten das größte Problem. Hohe Tarifabschlüsse zwischen Bund und Kommunen und dauerhafte Mehrausgaben für Integration und Unterbringung von Asylsuchenden belasten die Haushalte.

Der Tarifabschluss zwischen Bund und Kommunen sieht eine Erhöhung um 11% vor, die Ausgaben in Zusammenhang mit der Integration und Unterbringung von Flüchtlingen belaufen sich auf über drei Milliarden Euro.

Zusätzlich werden die kommunalen Haushalte durch die Politik der Bundesregierung massiv belastet. Das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ spielt bei der Ampel offensichtlich keine Rolle, vielmehr wird nach dem Prinzip gehandelt: „Wer die Aufgaben wahrnimmt, trägt auch die Kosten“. Das sind in vielen Fällen die Kommunen. Länder und Kommunen sollen die Politik der Bundesregierung bezahlen.

Die Aufgaben, die anstehen sind unter anderem:

 die Herstellung von Gebäudeenergieeffizienz im kommunalen öffentlichen

Gebäudebestand

- die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung,

 die Umsetzung des Rechtsanspruches auf den Ganztag,

 die Klimaanpassungsmaßnahmen und –schutzmaßnahmen,

 die weitere Digitalisierung der Verwaltung und vieles mehr.

– ohne Geld sind diese Aufgaben nicht zu stemmen.

Und das bei deutlich höheren Aufwendungen durch steigende Zinsen, Teilweise haben wir dort ein Verfünffachung der Zinssätze.

Vielleicht fragen Sie sich jetzt, warum ich den Ausflug in die Bundespolitik gemacht habe. Ganz einfach: Jeder von uns ist von dieser Politik betroffen, auch jede einzelne Kommune.

Kommen wir jetzt auf den Haushalt der Stadt Meinerzhagen zu sprechen: Die gute Nachricht:

Der Haushaltsausgleich kann dargestellt werden – wenn auch auf die

Ausgleichsrücklage zurückgegriffen wird. Der Haushalt gilt damit fiktiv als ausgeglichen.

Somit bleibt der Stadt Meinerzhagen die Haushaltssicherung erspart.

Sorgen bereitet der CDU-Fraktion, dass wir auch in den nächsten Jahren eine Steigerung der Kassenkredite haben. Wenn die Prognosen stimmen, werden sich die Kassenkredite sich bis zum Jahr 2028 auf über 30 Mio. Euro verdoppeln.

Hintergrund ist hier unter anderem, dass die Verbindlichkeiten aus Investitionstätigkeiten nicht aus der dem Saldo der laufenden Verwaltung gedeckt werden können.

Und wäre das nicht schon genug an Herausforderungen, kam im August eine weitere hinzu. Der Hackerangriff auf die Kreise und Kommunen in Südwestfalen stellte auch die Verwaltung in Meinerzhagen vor enorme Herausforderungen. Die IT war fast vollständig zum Erliegen gekommen mit dramatischen Auswirkungen. Unter anderem konnten über Monate keine Gewerbe- und Grundsteuern eingezogen werden, was den Haushalt zusätzlich belastete. Es mussten zusätzliche Kassenkredite aufgenommen werden. Mittlerweile ist es zum Glück wieder möglich, fällige Steuern einzuziehen.

Lassen Sie mich für die CDU-Fraktion einen großen Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung aussprechen: Sie alle haben die Situation vorbildlich und souverän bis heute gemeistert. Auch wenn noch nicht wieder den Zustand vor dem Hackerangriff hergestellt wurde, so kehrt Stück für Stück wieder Normalität in die Arbeitsabläufe der Verwaltung ein.

Kommen wir nun zu den Transferkosten und damit zu weiteren fremdbestimmten Kosten:

Die Transferkosten belasten die kommunalen Haushalte enorm. Dieser größte Ausgabenposten ist fremdbestimmt, die Stadt Meinerzhagen hat darauf keinen Einfluss. Sagenhafte 27 Millionen Euro gehen an den Kreis, LWL und so weiter. Das macht 43% aller Aufwendungen aus.

Betrachtet man nur die Auswirkung auf das Jahr 2024, ergibt sich für

die Stadt Meinerzhagen eine um rd. 1,9 Mio. € höher ausfallende und

zu entrichtende allgem. Kreisumlage, in Summe werden rd. 14,5 Mio.

€ fällig. Und mittelfristig soll sie weiter steigen auf 17 Mio. bis 19 Mio. Euro.

Laut Planung bis zum Jahr 2027 kommt es zu einer Steigerung des Kreisumlagebedarfs um sagenhafte 100 Millionen Euro. Damit die Kommunen diese nicht komplett tragen müssen, sollen 36 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage entnommen werden.

Wenn wir davon ausgehen, dass das Jahr 2023 nach Plan abgeschlossen hat, verbleiben 23 Millionen Euro in der Ausgleichsrücklage. Warum werden diese nicht an die Kommunen zurückerstattet? Ich fordere wie im jedem Jahr die Kreistagsabgeordneten auf, Ihren Einfluss einzusetzen, dass es zu dieser Entlastung der Kommunen im Märkischen Kreis kommt.

Enorme Preis- und Kostensteigerungen zum Vorjahr verschärfen die Haushaltslage weiter:

 die Aufwendungen durch das Ergebnis der Tarifabschlüsse, mit

rd. 700.000 € mehr,

 die hohen Preissteigerungen der Energiekosten,

 die Auswirkungen der Inflation, auf die Unterhaltungskosten,

wirken sich mit rd. 1 Mio. € höher aus.

 der rekordverdächtige Anstieg der Zinssätze, mit einem Plus von

rd. 1,1 Mio. € und

 nicht zu vergessen der Anstieg der Transferaufwendung von rd. 4

Mio. €

Auch das Bauprogramm stellte das Team von Jürgen Tischbiereck und Freddy Rothaar vor große Herausforderungen. Nicht nur die in die Höhe geschnellten Preise, sondern auch der Fachkräftemangel stellte sie vor große Schwierigkeiten. Dennoch ist es Ihnen gelungen, wichtige Projekte anzugehen. Ich erinnere ich an die grundlegende Modernisierung der Stadthalle, sowie auch die Erweiterung der Grundschule „Auf der Wahr“ ‚Insgesamt entfallen auf den Tiefbau 4,7 Mio. Euro und auf den Hochbau rund 2,5 Mio. Euro.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung und beim Bürgermeister Jan Nesselrath für die Arbeit der vergangenen Jahre, wir wissen, was Sie alle leisten.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2024 zustimmen.